

**Eine Gesellschaft zur Versorgung Wiens mit Obst und Gemüse.**

Die Gemeinde mit einer Million Kr. beteiligt. — Forderung Wiens nach Sicherung des Mehlbedarfes und Schaffung einer eisernen Reserve.

In der heutigen Obmännerkonferenz im Rathaus machte Mag. Rat Dr. Ehrenberg die Mitteilung, daß sich unter der Mitwirkung der Gemeinde Wien eine gemeinnützige Gesellschaft m. b. H. zur Versorgung der Stadt Wien mit Obst und Gemüse gebildet habe, in welcher die Markthändler, die organisierten Kaufleute, die Konservenerzeuger und die Konsumentenorganisationen vertreten sind. An dieser Gesellschaft, die unter der Aufsicht des k. k. Ernährungsamtes stehen wird, werde sich die Gemeinde Wien mit einem Betrage von einer Million Kronen beteiligen und werde ihre Vertreter in die Geschäftsleitung und in den Aufsichtsrat entsenden.

Magistratsrat Dr. Kopkopf erstattete dann einen zusammenfassenden Bericht über die Mehlerzeugung seit dem 29. März dieses Jahres, besprach die wirtschaftlichen Abkommen hinsichtlich der Getreideeinfuhr aus der Ukraine und Rumänien und erläuterte die verschiedenen Systeme der Getreidebewirtschaftung in der neuen Erntekampagne. Nach einer Debatte, an der sich die Gemeinderäte Regierungsrat Schmid und Dr. Hein beteiligten, wurde folgende EntschlieÙung einstimmig gefaßt:

Aus Anlaß der eben jetzt bei den Regierungsstellen gepflogenen Beratungen über das Getreideregime und die Erfassung der neuen Ernte bekräftigt die Wiener Gemeindeverwaltung neuerlich die wiederholt und mit allem Nachdruck erhobenen Forderungen, betreffend die Sicherung des Mehlbedarfes für den großen Konsumplatz Wien. Die Gemeindeverwaltung verlangt, und zwar für alle Kronländer gleichmäßig, die strengste staatliche Bewirtschaftung und die womöglich sofortige restlose Aufbringung einer ausreichenden Teilmenge, bezw. die planmäßige und lückenlose Sicherung der sonach noch erübrigenden Bestände der kommenden Inlandsernte; sie fordert die Zuweisung einer eisernen Reserve an Getreide, um gegen eventuelle Transport-schwierigkeiten und sonstige Störungen der Versorgung gesichert zu sein. Der Schleichhandel muß mit allen Mitteln unterdrückt, die Mißbräuche in den Lohnmühlen müssen beseitigt werden. Dem Grundsätze einer einheitlichen Ernährungsfront entspricht auch das unbedingte Verlangen nach Festsetzung einer einheitlichen Verbraucherquote an Brot und Mehl in Deutschland und Oesterreich-Ungarn auf Grund einer gemeinsamen einheitlichen Bewirtschaftung der Ernteerträge.